FREITAG, 23. APRIL 2010 NR. 16 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

Spezialthema «Bezahlbarer Wohnraum – sozialer Wohnungsbau» im Leitartikel und auf Seite 5

«BEZAHLBARER WOHNRAUM – SOZIALER WOHNUNGSBAU»

Sozialer Wohnungsbau ist unsozial

Am 13. Juni 2010 kommt die SP-Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» zur Abstimmung. Explodierende Bevölkerungszahlen durch die Personenfreizügigkeit, immer knapperer Wohnraum und entsprechend steigende Boden- und Mietpreise wecken Begehrlichkeiten. Doch sozialer Wohnungsbau ist gesellschaftsschädigend und in höchstem Masse unsozial.

ROGER LIEBI
PRÄSIDENT SVP
STADT ZÜRICH

Trotz der weltweiten Immobilienkrise steigen insbesondere die Mietzinsen in der Schweiz, vornehmlich in den wirtschaftskräftigen Kantonen und Städten im Durchschnitt markant an, wobei dabei anzumerken ist, dass der Trend weniger bestehende als neue Mietverhältnisse betrifft. Die in einzelnen Regionen oder Stadtquartieren zu erzielenden deutlich höheren Mieten führen aber natürlich auch zu vermehrten Renovationen älterer Wohnungen, einerseits zur Erhaltung der Substanz, andererseits aber durchaus auch zur Durchsetzung höherer Mieten. Gemäss verschiedener in grossen Tageszeitungen und von der Nationalbank veröffentlichter Studien sind die Mieten solcher Wohnungen in der Schweiz seit dem Jahre 2000 durchschnittlich um 40 Prozent gestiegen oder viermal mehr als die Inflation im entsprechenden Zeitraum!

Linke Umverteilung

Die linken Parteien nehmen diese Entwicklung zum Anlass noch mehr sozialen Wohnungsbau zu fordern, in der Hoffnung Sympathien bei jenen Bürgern erheischen zu können, die sich Geld verteilen lassen, ohne sich zu fragen, wie es denn erarbeitet wurde bzw. in der Zukunft erarbeitet werden kann.

In der Tat muss beim Ausbau sozialen Wohnungsbaus die Geldverteilungsmaschine angeworfen werden, denn per Definition kann dieser nur mehrheitlich durch den Staat gesichert werden. Das heisst nun aber nichts anderes als dass der Steuerzahler für Erstellungskosten, Verwaltung und Unterhalt aufzukommen hat, werden doch diese Kosten durch die Mieten in der Regel nicht gedeckt. In der Stadt Zürich zum Beispiel decken die Kostenmieten oftmals sogar in nicht subventionierten stadteigenen Wohnüberbauungen den Aufwand nachweislich nicht! Kommt dazu, dass das Prinzip der Kostenmiete natürlicherweise zu tieferen Erträgen für die Gemeinde- und Stadtkassen führt. Die Mindereinnahmen gehen auch hier indirekt zu Lasten des Steuerzahlers. Aber nicht nur das: Die zur Berechnung der Erstellungskosten eingesetzten Bodenpreise für kommunale Wohnüberbauungen entsprechen in der Regel etwa zwischen 50 bis maximal 60 Prozent der Marktwerte. Dasselbe gilt im Übrigen insbesondere in der Stadt Zürich, wenn diese Land im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften abtritt. Genau genommen werden also alle Steuerzahler über den wesentlich zu tief angesetzten Landpreis teilenteignet! In Artikel 26 der Bundesverfassung wird der Schutz des Eigentums beschrieben. §26 Abs 2 BV verlangt sogar, dass Eigentumsbeschränkungen und Enteignungen finanziell abgegolten werden müssen. Die Verfassung sagt eigentlich deutlich aus, dass die Allgemeinheit der Steuerzahler einer Gemeinde, welche Land für Wohnbauten zu billig abgibt, die Differenz anteilig ausbezahlt erhalten müsste. Natürlich ist auch die SVP nicht an einer Explosion der Liegenschaften und Mietpreise interessiert, und natürlich erachtet es auch die SVP also wichtig, dass es in Städten und Gemeinden nicht zu Ghettobildungen kommt, dass die räumliche Entwicklung von Städten und Gemeinden also sehr wohl als Daueraufgabe geplant sein muss.

Personenfreizügigkeit schürt Mietpreisexplosion und vertreibt Schweizer Familien

Das Problem der steigenden Wohnungsmieten und dem nunmehrigen vermeintlich populären Ruf nach günstigem Wohnraum ist aber nicht vornehmlich wegen der zu tiefen Landreserven entstanden, sondern namentlich durch die Massenzuwanderung der letzten Jahre. Davor hatte die SVP als einzige Partei im Rahmen der Abstimmungen zur Personenfreizügigkeit immer wieder und nachdrücklich gewarnt. Als Ewiggestrige, Schlechtmacher, Schwarzmaler, Ignoranten, usw. ist man auf Podien von Linken und den Verbündeten der economiesuisse abgekanzelt worden. Das Problem der Zuwanderung lasse sich über Kontingente problemlos regeln und damit gäbe es auch keine Nachteile bei den Mieten. Nun, die Wahrheit sieht anders, geradezu dramatisch anders aus. Die Mietzinsen steigen wie eingangs erwähnt massiv an, und als Folge werden gerade Schweizer Familien und ältere Personen aus ihren Wohnungen, ihren Wohnquartieren, ja noch schlimmer aus ihrem persönlichen Umfeld herauskatapultiert. Selbst der «Tages-Anzeiger» titelt am 20. April 2010 «Einwanderung verändert die Städte – Schweizer werden verdrängt». Das Schreckensszenario wird also zur Realität – die Personenfreizügigkeit bedroht die Schweizer Gesellschaft.

> «Tages-Anzeiger» titelt am 20. April 2010 «Einwanderung verändert die Städte – Schweizer werden verdrängt».

Lifestyle-Gesellschaft verändert Wohnungsmarkt

Neben der Einwanderung sind aber auch Lifestyle und verändertes Familienbild massgeblich für die Wohnungsknappheit. So bewohnen im Durchschnitt nur noch 1,82 Personen eine Wohnung. Kommt dazu, dass die Wohnungen auch räumlich, dem erwähnten Lifestylebedürfnis entsprechend, immer grösser werden. Auch hier sind also nicht in erster Linie fehlende Landreserven das Problem. So gab es in der Stadt Zürich, als deren Einwohnerbestand in den 60er Jahren auf dem Rekordniveau von 437 000 angelangt war nicht etwa mehr Wohnungen als heute, sondern im Gegenteil 60 000 weniger! Zum Vergleich heute zählt die Stadt Zürich rund 380 000 Einwohner … – Siehe Abbildung (Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich).

Die Forderung für mehr sozialen Wohnungsbau löst dementsprechend das Problem zu hoher Mietzinsen in keiner Weise, sondern heizt den gesamten Immobilienmarkt zusätzlich an. Erwerben Städte und Gemeinden mehr Land für eigene Bauprojekte, wird das übrige noch knappere Land im Preis steigen, die Mietzinsen verteuern sich noch mehr.

Das Konzept des sozialen Wohnungsbaus ist gerade mit Sicht auf die Stadt Zürich offenbar gescheitert, rühmt sich diese doch mit den Linken seit Jahrzehnten über den hohen Anteil sozialen und gemeinnützigen Wohnbaus. Ausgerechnet hier ist aber das Problem unbezahlbarer Wohnungen – Ironie der Geschichte – am grössten.

Hauptproblem der heutigen Stadtentwicklung ist das zu geringe Neubauniveau. Deshalb muss der Staat Anreize für den Wohnungsbau setzen, allenfalls über Steuervergünstigungen, und/oder darf Investitionen keinesfalls durch Auflagen und gesetzlich verankerte soziale Verpflichtungen gefährden. Gibt es dann wieder genügend neue Wohnungen, werden sich auch die Wohnungspreise deutlich entspannen. Wer entgegen der Meinung der SVP die Zuwanderung nicht beschränken will, muss andererseits in Kauf nehmen, dass künftig verdichteter gebaut wird. Auch das wäre eine Massnahme, den vorhandenen Raum besser auszunutzen. Das Angebot würde steigen, die Preise pro Wohneinheit müssten sinken.

> Platzt die Preisspirale, kommt nicht nur die Nachfrage zum Erliegen, vielmehr wäre auch mit einer Zunahme von Zwangsverkäufen zu rechnen.

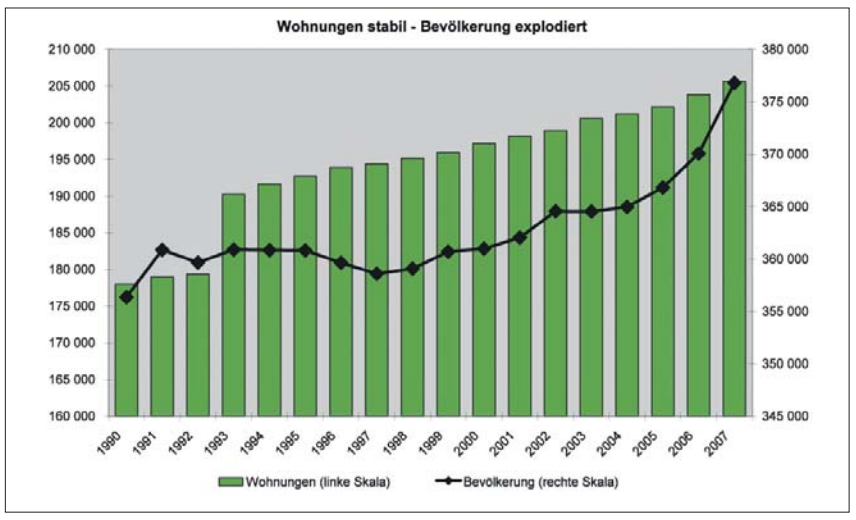
Gefährliche Auswirkungen staatlicher Interventionen in den Wohnungsmarkt

Der amerikanische Ökonom Thomas Sowell beschreibt die verheerende Entwicklung der Forderung und Förderung sogenannten «tragbaren Wohnens» auch vor dem Hintergrund des staatlich geförderten Billigwohnens in den USA eindrücklich aus eigener Erfahrung (Details auf Seite 5). Es gilt dabei zu beachten, dass die Immobilien- und Spekulationsblase in den USA, in Spanien und auch in England vor allem darauf beruhte, dass Wohnraum von der Politik in gefährlicher Weise vermeintlich verbilligt wurde, zumeist über den Wegfall von notwendigem Eigenkapital beim Bau von Häusern und Wohnungen. Banken und Versicherungen verursachten zwar die Spekulationsblase – Ausgangspunkt waren aber die staatlichen Eingriffe in den bis dahin funktionierenden Wohnungsmarkt.

Besser als Thomas Sowell kann man das Thema sozialer und tragbarer Wohnbau eigentlich nicht beschreiben.

Weshalb sollten wir in der Schweiz denselben, verhängnisvollen Weg gehen? Der «Tages-Anzeiger» selber beschreibt im erwähnten Artikel vom 20. April 2010: «Platzt die Preisspirale, kommt nicht nur die Nachfrage zum Erliegen, vielmehr wäre auch mit einer Zunahme von Zwangsverkäufen (Anmerkung: auf dem Immobiliensektor) zu rechnen. Der Markt könnte sogar in eine Abwärtsspirale geraten. Wollen wir das wirklich?»

Die Schlussfolgerung ist aus diesen Gründen ganz einfach: Sozialer Wohnungsbau ist gesellschaftsschädigend und in höchstem Masse unsozial!



Am 13. Juni 2010 kommt die SP-Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» zur Abstimmung.

Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Gewerbe

Arbeitskräfte gesucht:
Als Betriebshelfer
als Temporärarbeitskräfte tage-, wochen- oder monatsweise für Bau-, Gartenbau, Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot:
Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter
motivierte arbeitskräfte

Maschinenring
Maschinenring Zürich, 8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

Praxis für Zahnprothetik

R. Hertach
(dipl. Zahnprothetiker)
Leimbachstrasse 119, 8041 Zürich
Bei der Migros / Nähe Bushaltestelle

Tel. 044 481 82 18
www.pro-dent.ch

Total-,Teil- und Implantatprothesen, Unterfütterungen, Reparaturen

1. Beratung kostenlos, AHV

Aus ALT mach NEU!

038.219442

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Sparen Sie bei den Hypotheken! Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG
Finanzierungsberatung für Private und Firmen

Uster-West 18
Postfach 430, CH-8610 Uster
Telefon 043 366 53 53
Fax 043 366 55 83
info@hypotheken-boerse.ch
www.hypotheken-boerse.ch

Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG

Unsere Doris als Weltarchitektin

VON CHRISTOPH MÖRGELI

What a happy day! Am Gipfeltreffen über nukleare Sicherheit in Washington traf Bundespräsidentin Doris Leuthard auf Barack Obama. Nicht nur Doris, auch die Berichterstatter waren hin und weg. Die Begegnung sei «freundschaftlich» gewesen, wusste der «Tages-Anzeiger». «Yes, ich kann auch», titelte der «Blick» unter Zugabe von fünf Fotos, einem Style-Check und einer Analyse der Körpersprache durch Kommunikationsexperte Patrick Rohr. «Offensichtlich stimmt die Chemie zwischen Doris Leuthard und Barack Obama», frohlockte die Moderatorin von «10 vor 10». Und der Kommentator von «Blick am Abend» säuselte dankbar: «Danke, Doris».

«Ich konnte den Finanzplatz ansprechen, ich habe auch gesagt, dass wir wünschen, dass die Amerikaner ihre Handelsagenda noch dieses Jahr verabschieden und schlussendlich, dass wir Interesse hätten, uns auszutauschen über die künftige politische Architektur dieser Welt.» Für das Vieraugen-Gespräch zur Lösung all dieser gewichtigen Probleme erhielt unsere Bundespräsidentin einen Zeitkredit von exakt sechzig Sekunden. Bislang verfügte unser Land nur über die Weltarchitekten Herzog & de Meuron aus Basel. Zu ihnen gesellt sich neuerdings die Weltarchitektin Doris Leuthard aus Merenschwand.

«Ganz offensichtlich findet Frau Leuthard grossen Gefallen an Obama», plauderte unser Staatsfernsehen zur besten Sendezeit. Herzbewegend. Manche desperate housewife findet Gefallen an Robbie Williams. Und manche Frühpubertierende träumt von Tokio Hotel. Nur hat der Realitätsverlust einer Bundespräsidentin dann doch weitreichendere, ernstere Folgen. Speziell, wenn sie den einminütigen small talk zwischen Star und Sternchen wie folgt interpretiert: «Die Schweiz und die USA haben eine gute Basis zur Zusammenarbeit in Fragen des Finanzplatzes.»

Wer mit einer derart naiven Einstellung in die härteste politische Auseinandersetzung seit Jahrzehnten einsteigt, hat schon verloren. Unsere reisesüchtigen Bundespräsidenten verlieren zunehmend die Bodenhaftung und den Bezug zur Wirklichkeit. Doris Leuthard ist diesbezüglich weder die Erste noch die Einzige. Unvergessen ihr CVP-Amtsvorgänger Joseph Deiss, der 2004 platzend vor Stolz verkündete: «Die EU hat uns in Brüssel mit ganz speziellen Ehren empfangen, was sonst nur Grossmächten wie den USA oder China vorbehalten ist.»

POSITIONSPAPIER «FÜR EINE SICHERE UND GÜNSTIGE STROMVERSORGUNG»

Ideologisierung der Strompolitik – Gefahr für Wachstum und Wohlstand

Eine sichere Energieversorgung ist elementar für Wachstum und Wohlstand – sowohl in der Vergangenheit wie auch in künftigen Zeiten. Strom ist die Schlüsselenergie der Zukunft. Der Bedarf wird die nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte stark zunehmen. Dieser ist im Sinne der Unabhängigkeit vom Ausland wie auch für eine vorhersehbare Preisgestaltung durch den verstärkten Ausbau der inländischen Produktion sicherzustellen. Dabei hat sich die künftige Stromversorgung weiterhin am bisherigen, bewährten und praktisch CO_2-freien Strommix zu orientieren. Dies bedeutet, dass die Politik die dazu notwendigen Rahmenbedingungen gewährleistet. Dies ist heute jedoch nicht der Fall.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

So werden beim dringend notwendigen Ausbau der Wasserkraft, Projekte durch Einsprachen oder zusätzliche Auflagen verzögert bzw. im schlimmsten Fall gar verhindert. Es ist an sich logisch, dass jegliches menschliche Vorhaben d.h. auch Produktionsanlagen für erneuerbare Energien die Landschaft auf irgendeine Art beinträchtigen. Es ist jedoch unverständlich, dass ausgerechnet aus Umweltschutzkreisen auch die Produktion der umweltfreundlichsten Energie verhindert werden soll, wie beispielsweise bei der Erhöhung des Grimsel-Staudamms.

Zur Sicherstellung der Stromversorgung leistet auch die Kernenergie mit heute ungefähr 40 Prozent einen wichtigen Beitrag. Während der Strombedarf in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen wird, ist umgekehrt ein Rückgang der Stromproduktion zu erwarten. Dies insbesondere, weil gegen das Jahr 2020 sowohl die Betriebsbewilligungen der drei ältesten Kernkraftwerke und die Stromlieferverträge mit Frankreich auslaufen. Bei einer weitsichtigen Energiepolitik müssen zeitgerecht Ersatzlösungen bereitstehen. Man hat jedoch den Eindruck, dass der zuständige Energieminister, Bundesrat Leuenberger, sowie das federführende Bundesamt für Energie, das Problem aus ideologischen Gründen weit vor sich her schieben. Beim Bau eines geologischen Tiefenlagers, dem Ersatz der Kernkraftwerke wie auch bei dem Ausbau der Stromnetze denkt man in Zeiträumen von 10, 20 und mehr Jahren. Selbstverständlich sind die notwendigen Entscheide für solche Bauten und Anlagen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu fällen. Aber auch unter Respektierung des Mitspracherechtes der Bürgerinnen und Bürger könnten solche, für eine sichere Energieversorgung dringend benötigten Anlagen schneller realisiert werden. Leider fehlt dazu jedoch der notwendige politische Wille. Dafür nimmt man eine Versorgungslücke, teure Importe oder den Bau von weniger umweltfreundlichen Produktionsanlagen, wie beispielsweise Gaskombikraftwerke, in Kauf.

Einsprachen von Umweltschutzkreisen sind übrigens auch bei geplanten Windenergie-Anlagen eingereicht worden. Rekurse, auch wenn sie letztlich abgelehnt werden, führen immer zu Verzögerungen und Rechtsunsicherheiten. Sie halten Investoren von umwelt- und energiepolitisch sinnvollen Projekten ab. Mühsame und teure Verfahrensabläufe sowie immer neue Auflagen und Einschränkungen verhindern die zeitgerechte Realisierung von Aus- bzw. Neubauten von Produktionskapazitäten. So beispielsweise Vorstösse zu einer unrealistischen Erhöhung von Haftpflichtsummen für KKW oder allzu restriktive Beschränkungen der Restwassermengen.

Sodann müssen Investitionen für energetische Produktionsanlagen auch unter dem wirtschaftlichen Aspekt geprüft werden. Für die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz werden laufend zusätzliche Gebühren und Abgaben eingeführt. Alle diese Fördermassnahmen verursachen jährliche Kosten von ungefähr 1 Milliarden Franken. Es ist zu erwarten, dass diese in Zukunft eher noch ansteigen werden. Diese Kosten, oftmals auch als Lenkungsabgaben deklariert, werden grösstenteils mittels einer Erhöhung der Strom-, Brenn- und Treibstoffpreise finanziert. Künstlich verteuerte Energiepreise belasten das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft. Sie verteuern unsere Produkte, benachteiligen den Wirtschaftsstandort Schweiz, verhindern Investitionen und schaden dem Konsum. Damit gefährden sie aus weitgehend ideologischen Gründen nicht nur die Versorgungssicherheit im Energiebereich, sondern auch das Wachstum und den Wohlstand in unserem Land. Dies führt letztlich auch zur Gefährdung von Arbeitsplätzen und zu zusätzlichen, unerwünschten Emissionen.

Was ist zu tun?

- Initiativen, Vorstösse sowie Abgaben und Gebühren, die dazu dienen, die Rahmenbedingungen einzelner Energieträger gezielt zu verschlechtern sind abzulehnen. Das gleiche gilt für künstliche Verteuerungen der Stromproduktion.
- Bei Projekten im Energiebereich ist es zudem unabdingbar, dass der Aspekt der Versorgungssicherheit klar im Vordergrund zu stehen hat und die Bewilligungsverfahren sowie allfällige Konzessionserneuerungen rasch und unkompliziert ablaufen. Die Bewilligungsverfahren sind deshalb nach den geltenden Gesetzen ohne Verzögerungen durchzuführen.
- Die linke Blockadepolitik beim Ausbau der künftigen Stromversorgung ist endlich zu beenden. Missbräuchlichen Verwendungen des Verbandsbeschwerderechtes ist klar entgegenzutreten.
- Sodann ist auch das verantwortliche Departement in die Pflicht zu nehmen. Es hat die ihm gestellten Aufgaben zu lösen und nicht vor sich her zu schieben. Anstelle veralteter Ideologien und Wunschträume ist endlich eine realistische Lageeinschätzung nötig.

SICHERHEITSPOLITISCHER BERICHT

Landesverteidigung muss Kernaufgabe bleiben

Für die SVP muss auch in Zukunft eine selbständige Landesverteidigung auf der Basis des Milizprinzips mit dem Ziel der Erhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität Kernaufgabe der Sicherheitspolitik sein. Eine einseitige Ausrichtung auf internationale Kooperationen und Bündnisse hat zur problematischen Situation geführt, in der sich die Schweiz heute sicherheitspolitisch befindet und muss deshalb zurückgefahren werden.

MATTHIAS BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Der sicherheitspolitische Bericht nimmt eine brauchbare Auslegeordnung zu den bestehenden Bedrohungen und Risiken vor. Er fokussiert sich dabei aber aus Sicht der SVP zu stark auf internationale Kooperationen und Bündnisse. Diese internationale Ausrichtung hat in den letzten Jahren zu einer Schwächung der Verteidigungsbereitschaft und zu einer Aushöhlung der Neutralität geführt. Die Schweiz ist damit weniger sicher geworden. Das Parlament hat im Übrigen erst vor kurzem mit seinem negativen Entscheid zu einem Auslandeinsatz der Armee vor der somalischen Küste ein klares Zeichen gegen ein ausgebautes Auslandengagement gesetzt. Für die SVP steht eine selbständige Landesverteidigung auf der Basis des Milizprinzips mit dem Ziel der Erhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität als Kern der Sicherheitspolitik im Vordergrund. Dazu braucht es in erster Linie eine starke und funktionsfähige Milizarmee, welche die Schweiz als neutralen Staat verteidigen kann sowie gut eingespielte kantonale Strukturen und Polizeiorgane.

Die Diskussion rund um den sicherheitspolitischen Bericht hat gezeigt, dass es in der Sicherheitspolitik immer stärker um die Frage der Unabhängigkeit und Neutralität geht. Die SVP wird weiter konsequent für diese Grundsätze kämpfen und all jenen Kreisen entschieden entgegentreten, welche die Schweiz in internationale Kooperationen, in die NATO und die EU führen wollen.

KOMMENTAR ZUM SICHERHEITSPOLITISCHEN BERICHT

Tödliche Selbstverliebtheit

zac. Micheline Calmy-Rey ist eine in der Wolle gefärbte Sozialistin. Man kann darum davon ausgehen, dass sie Bertold Brechts «Fragen eines lesenden Arbeiters» kennt. Es geht in diesem Gedicht um die Taten geschichtlicher Grössen, die jeweils zu Lasten des kleinen Mannes erfolgten. Doch mit der Distanz zu Erobern, Cäsaren und Königen ist es bei unserer Aussenministerin nicht weit her. Ihre Solidarität mit dem Proletariat endet dort, wo ihr persönliches Interesse beginnt. Und seit Adolf Ogi und Flavio Cotti dient die schweizerische Aussenpolitik in erster Linie dem persönlichen Interesse des jeweiligen EDA-Vorstehers. Man ist gerne dabei und sonnt sich im Glanze der Grossen. Mittlerweile wird sogar das Knüpfen des eigenen Netzwerks ganz offen für «im nationalen Interesse liegend» erklärt. Es gehe darum, eine Isolation des Landes zu verhindern.

Dass Genossin Calmy-Rey – Bundesrat, Bundesversammlung und Volk hin oder her – in die EU will, ist ein offenes Geheimnis. Dass sie dafür sogar buchstäblich über Leichen geht, befremdet allerdings. Doch nichts anderes tut sie, wenn sie Schweizer Soldaten aus persönlichem Interesse ins Ausland schicken will. Frau Calmy-Rey betrachtet die Armee mittlerweile sogar primär als Instrument der Aussenpolitik. Ihr Beitrag zum jüngsten Sicherheitspolitischen Bericht soll ihr einen Platz am Tisch der Grossen und Mächtigen garantieren.

Dabei geht vergessen, dass nur etwas dem Staat das Recht gibt, von seinen Bürgern den Einsatz ihres Lebens zu verlangen: Wenn Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlands bedroht sind. Das, und nur das, hat der Schweizer Soldat zu verteidigen, und darum endet sein Einsatzgebiet an der Landesgrenze.

Deutschland im Krieg

Frau Calmy-Rey, wollen Sie das wirklich?

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studenten und Doktoranden

Diese Woche hat sich der Kantonsrat mit zwei dringlichen Postulaten betreffend höherer Studiengebühren für ausländische Studenten befasst. Zudem stand die Bewilligung des Beitrages aus dem Lotteriefonds für den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich erneut auf dem Programm.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Das dringliche Postulat von **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen), **Hans Frei** (SVP, Watt-Regensdorf) und **Walter Isliker** (SVP, Zürich) forderte von der Regierung, die Studiengebühren für ausländische Studierende an der Universität Zürich oder der Zürcher Fachhochschulen anzuheben. Die Höhe der Studiengebühren sollen die Kosten eines Studienplatzes mindestens in demjenigen Grad abgelten, wie dies durch die Interkantonale Universitätsvereinbarung für Studierende aus anderen Kantonen bereits der Fall ist. Zudem sollen sich die Studiengebühren für ausländische Studierende an den effektiven Kosten eines Studienplatzes orientieren.

Die CVP forderte von der Regierung weiter, dass für das Grundstudium unterschiedlich hohe Studiengebühren für Studierende aus dem In- und Ausland an der Universität und den Fachhochschulen zu erlassen seien. Zudem sollen Studierende aus dem Ausland an der Universität und den Fachhochschulen substanziell höhere Studiengebühren als Inländer bezahlen, um einen Beitrag an die stetig steigenden Ausbildungskosten zu leisten, die durch öffentliche Gelder finanziert werden. Weiter soll die Gewährung von Stipendien an Studierende aus dem Ausland restriktiver gehandhabt werden.

Die beiden dringlichen Postulate wurden gemeinsam behandelt. **Matthias Hauser** eröffnete die Debatte und betonte, dass beide Vorstösse in die richtige Richtung gehen. Darum sei der Regierungsrat auch bereit, diese im Sinne verschiedener Erwägungen entgegenzunehmen. Die Studienkosten von Personen, welche nur für ihr Studium in die Schweiz kämen, würde fast ausschliesslich der Steuerzahler der Hochschulkantone tragen. Weil der Kanton Zürich die grösste Universität und Fachhochschule betreibe, treffe es die Zürcher Steuerzahler in absoluten Beträgen am stärksten. Der Bund beteilige sich mit 10 Prozent an den Aufwänden. **Insgesamt würden die 4400 ausländischen Studierenden an der Universität Zürich 88 Millionen Franken kosten.** Dazu kämen noch die Kosten für die rund 1500 ausländischen Studierenden der Zürcher Fachhochschulen. Die Schweiz kenne europaweit die einzige Regelung, wonach die Kantone einander die Studienkosten verrechnen würden (föderalistische Lösung). Zusammengefasst decken die Beiträge der anderen Kantone rund 80 Prozent der Kosten. Im europäischen Studienraum fehle diese Erkenntnis der Kostenteilung: Es würden diejenigen Städte, Regionen, Bundesländer oder ganze Staaten bezahlen, welche ein besonders attraktives Universitätsangebot präsentieren. Gefragt seien Hochschulen mit hoher Reputation, guten Betreuungsverhältnissen sowie besonders gefragten Studiengängen. Glücklicherweise treffe das alles für Zürich zu. Manche europäischen Universitäten würden höhere Studiengebühren verlangen, andere würden hingegen ganz auf Gebühren verzichten. Trotz gemeinsamem Studienraum herrsche in Europa Willkür, anstelle eines gerechten Prinzips. Einzelne Regionen zahlen die Ausbildung für die eigenen und fremden Kinder, andere zahlen nicht einmal für die eigenen, hätten keine Hochschule und gewähren keine Stipendien. Darum brauche es eine Regelung, welche Schweizer Studierende aus anderen Kantonen nicht schlechter als ausländische stellen würde. In der Schweiz würden sich 40 300 ausländische Studierende aufhalten und 6500 Schweizer studieren im Ausland. Zwischen den Jahren 2000 und 2009 sei die Anzahl ausländischer Studierender in der Schweiz an allen Hochschulen von 19 700 auf 40 300 angestiegen. Für den Kanton Zürich würde es sich lohnen, wenn sich die Hochschulträger gegenseitig Studienkosten verrechnen. **Walter Isliker** betonte zudem, dass die ausländischen Studierendenanzahl am Steigen sei. Die Schweiz habe 8 Mio. und Deutschland über 80 Mio. Einwohner, der Kanton Zürich sei zu klein, um diese Studierendenzahl aufzunehmen. **Hans Frei** betonte, dass sich der Kantonsrat einig sei, dass der Kanton Zürich ein attraktives Bildungsangebot habe. Dieses hätte aber auch einen Wert und der entsprechende Preis dafür müsse bezahlt werden. Die Kostenwahrheit müsse transparent dargestellt werden. Im Hinblick auf das bevorstehende Sanierungsprogramm müsse ohnehin in allen Bereichen die Kostenwahrheit überprüft werden. Es sei nicht in Ordnung, wenn ausländische Studierende unser attraktives Bildungsangebot zum Nulltarif nutzen dürfen.

Die CVP betonte, dass jeder sechste Student ein Bildungsausländer sei und die Kosten von den Zürcher Steuerzahlern berappt würden. Es müsse für die gute Qualität ein angemessener Preis verlangt werden. Die SP betonte zwar, dass gegen zusätzliche Einnahmen in die Staatskasse nichts einzuwenden sei, unterstütze die Postulate dennoch nicht. Die Bildungsdirektorin Regina Aeppli (SP) monierte den administrativen Mehraufwand und betonte, dass Bildung gemäss Verfassung ein öffentliches Gut sei und kostendeckende Gebühren diesem Grundsatz diametral widersprechen würden. Der Kantonsrat überwies beide Postulate deutlich mit 93 zu 70 bzw. 107 zu 57 Stimmen.

Landesmuseum

Martin Arnold (SVP, Oberrieden) betonte in seiner Funktion als Präsident der Finanzkommission, dass der Kantonsrat bereits am 22. Juni 2009 über den Beitrag von 20 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds zu Gunsten des Erweiterungsbaus des Schweizerischen Landesmuseums Zürich bewilligt habe. Gegen diesen Entscheid sei allerdings Beschwerde erhoben worden. Das Bundesgericht habe festgestellt, dass der Kredit nun dem fakultativen Referendum zu unterstellen sei. Aus diesem Grund müsse der Kantonsrat nochmals über diesen Betrag befinden. Der Kantonsrat bewilligte die 20 Mio. Franken abermals mit 143 zu 19 Stimmen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Der Konkurrenz die Kompetenz bezahlen

MATTHIAS HAUSER
KANTONSRAT SVP
HÜNTWANGEN

Vorab einige trockenen Zahlen: 40 300 Studierende aus dem Ausland waren 2009 an den Hochschulen der Schweiz eingeschrieben, vor zehn Jahren waren es 19 700. Die aktuellste Zahl von Schweizer Studierenden im Ausland stammt von der OECD aus dem Jahr 2007. Es waren 6500.

Von den ausländischen Studierenden besuchen 4400 die Universität Zürich und 1500 die Zürcher Fachhochschulen. Günstige Studien an den Zürcher Hochschulen kosten rund 20 000 Franken jährlich, 4500 Franken davon übernimmt der Bund, rund 1500 Franken betragen die Studiengebühren. Unter der Annahme, alle ausländischen Studierenden belegten einen günstigen Studiengang, werden sie mit 82,6 Millionen Franken von den 920 000 Steuerpflichtigen des Kantons Zürich getragen. Auch an den Bundesanteil leisten die Zürcher den grössten Beitrag und nicht alle Studierenden belegen günstige Studien: Die wirklichen Kosten betragen weit über 100 Millionen Franken. Zur Erinnerung: Das (beschlossene) Budget des Kantons sieht 2010 einen Aufwandüberschuss von 525 Millionen vor, der Finanzplan im Jahr 2011 bereits ein Loch von 1,24 Milliarden. Der Regierungsrat muss Ausgaben (und Leistungen) kürzen. Studierende und Linksparteien beklagen die knappen Platzverhältnisse an den Hochschulen. 63 Prozent aller Doktorierenden der Naturwissenschaften an der Uni lebten vor dem Studium im Ausland.

Die Fakten zeigen Handlungsbedarf.

Schweiz ist Europa voraus: Kantone verrechnen Studienkosten

Der Föderalismus der Kantone als Hochschulträger verbunden mit der Idee der gesamten Schweiz als Hochschulraum hat dazu geführt, dass in unserem Land Kosten ausgeglichen werden. Wenn eine Bündnerin in Zürich studiert, egal ob an der Universität oder einer Fachhochschule, bezahlt ihr Heimatkanton einen Beitrag. Zusammengefasst decken diese Beiträge rund 80 Prozent der Kosten dieser Studierenden. Grundsätzlich ist der Heimatkanton für die Erstausbildung seiner Kinder zuständig, egal ob zu Hause oder in der Fremde (eine Art Verursacherprinzip). Im europäischen Studienraum fehlt diese Erkenntnis: Einzelne Regionen bezahlen die Ausbildung für eigene und fremde Kinder, andere nicht mal für die eigenen, haben keine Hochschule und gewähren keine Stipendien. Zahler sind jene, welche eine besonders attraktive Hochschule tragen, mit hoher Reputation, guten Betreuungsverhältnissen, besonders gefragten Studiengängen. Glücklicherweise trifft das alles für Zürich zu. Somit finanziert der Kanton die Ausbildung von Ingenieuren, Juristen und Managern für Wirtschaftsstandorte, die mit dem Werkplatz Zürich konkurrenzieren.

Die SVP fordert, dass auch für ausländische Studierende ein viel höherer Betrag als heute an die Studienkosten bezahlt werden muss, so wie für Studierende aus anderen Kantonen. Die Studiengebühren sind der einzige bereits heute erhobene Betrag, an dem diese Forderung befestigt werden kann. Ob diese letztlich vom ausländischen Studierenden selber, oder von seiner Heimatregion bezahlt werden, ob dadurch Verhandlungen über eine gegenseitige Verrechnung angeregt werden, ob die Gebühren für ausländische Studierende einfach nur erheblich erhöht werden, der politische Prozess ist offen in seinen Resultaten.

Mehr Platz

Auch in Österreich wird die Diskussion über ausländische Studierende geführt. Studierende aus Deutschland, wo die Universitäten schlechte Betreuungsverhältnisse (Professoren pro Studierende pro Studienrichtung) haben, drängen nach Österreich, wo sich dadurch die Betreuungsverhältnisse ebenfalls verschlechtern. Eine Senkung der Anzahl ausländischer Studierender verbessert die Betreuungsverhältnisse und damit die Qualität des Studiums.

Verbesserung der Betreuungsverhältnisse und europäische Betrachtungsweise – da müsste sogar die linke Ratsseite zustimmen – natürlich tat sie es nicht – das Postulat der SVP wurde trotzdem überwiesen.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein dringliches Postulat von Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), Hans Frei (SVP, Watt-Regensdorf) und Walter Isliker (SVP, Zürich) betreffend Erhöhung der Studiengebühren für Studentinnen und Studenten mit einem ausländischen Reifezeugnis sowie Doktorandinnen und Doktoranden mit einem ausländischen Studienabschluss überwiesen. ☺

… ein dringliches Postulat der CVP betreffend Erhöhung der Studiengebühren und restriktive Gewährung von Stipendien für Studierende aus dem Ausland überwiesen. ☺

… einen Beitrag von 20 Mio. für den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich aus dem Lotteriefonds bewilligt. ☺

… Die erste Lesung zum Gesetz über die Anpassung der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes abgeschlossen. ☺

19. April 2010

AKTUELLER VORSTOSS

Konsequenzen aus dem Tötungsdelikt in der Strafanstalt Pöschwies 2008

ROSMARIE FREHSNER
(SVP, DIETIKON)

Nach der Gerichtsverhandlung vom 7.4.2010 am Obergericht Zürich wurden erstmals die Umstände öffentlich bekannt, wie das Opfer dieses Tötungsdelikts umgebracht wurde.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kam der Täter in der Strafanstalt Pöschwies in den Besitz dieses Medikamenten-Cocktails, mit dem er das Opfer zuerst betäubte, um es anschliessend sexuell missbrauchen und erwürgen zu können?
2. Waren die fraglichen Hypnotika bzw. Tabletten Bestandteil der Medikation des Täters?
3. Wie werden solche Medikamente den Insassen verabreicht, d.h. müssen sie diese unter Beobachtung schlucken?
4. Wie wird der erneut verurteilte Täter zurzeit und künftig untergebracht?
   Kann er weiterhin am Gruppenvollzug teilnehmen?
5. Welche Konsequenzen wurden aus diesem Tötungsdelikt gezogen?
   a) durch die Gefängnisleitung der Strafanstalt Pöschwies?
   b) durch das Amt für Justizvollzug?
   c) durch die Justizdirektion?

SVP Oberwinterthur

Einladung

1. MAI - FEIER

Wie jedes Jahr führen wir auch im 2010 die 1. Mai-Feier durch. Dieses Jahr haben wir den neu gewählten Regierungsrat Ernst Stocker als Gast bei uns.

Teilnahme: Alle (Freunde, Bekannte und Verwandte usw.)

Lageplan: s. www.waldschulzimmer-lindberg.ch
-> ab Schulhaus "Lindberg" ist der Weg signalisiert

Zeit: Samstag, 1. Mai 2010, ab 11.00 Uhr
Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Programm
11.00 Uhr Apéro
11.30 Uhr Begrüssung Stefan Schär, Präsident SVP Oberwinterthur
anschliessend Ansprache Ernst Stocker
12.30 Uhr Mittagessen
Nach dem Mittagessen kann auf Wunsch der Naturweiher Tobelstrasse besichtigt werden.

Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.-
Kinder (schulpfl.) Fr. 5.-
Die Getränke müssen separat bezahlt werden!

Anmeldung: bis spätestens 27. April an Ernst Bachmann
Telefon: 052 242 22 32
Fax: 052 242 22 13
Natel: 079 217 79 58
Email: ernst.bachmann@bluewin.ch

☐ Ja, ich nehme teil

Name _____ Vorname _____

Anzahl Erwachsene: ____ Anzahl Kinder: ____

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Benno Ehrensperger

Alter: *45 Jahre*

Beruf: *selbständiger Vermögensverwalter, Financial Consultant FH*

Gemeinde: *Kloten*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?
Seit 2000 bin ich Mitglied in der SVP. Nach Überschreiten der Alterslimite bei der Jungen SVP war ich kurz «parteilos». Der Eintritt war eine logische Weiterentwicklung, nach JSVP-Präsidium und Mitlancierung der «Eishallen-Initiative» in Kloten.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?
Nach der Übernahme der «Wako-Kasse» durfte ich im Vorstand das Kassieramt bekleiden, bis zur GV 2010 bin ich noch als Vizepräsident im Vorstand. Seit 2006 Gemeinderat (Legislative), 2008/09 Ratspräsident, seit 2008 Stv. der Fraktionschefin.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?
- *Möglichst viel Selbstbestimmung für den Bürger.*
- *Der Leistung des Landes entsprechend selbstbewusstes Auftreten gegenüber dem Ausland. Dies ist eine Grundvoraussetzung für den ersten Wunsch.*
- *Sanierung der Sozialwerke um deren Weiterbestehen sicherzustellen.*
- *Zielgerichtete Ausbildung der Jugend um die wirtschaftliche Position des Werkplatzes CH zu halten und auszubauen.*

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?
Sir Winston Churchill; er hatte während seiner Ausbildungszeit einen Aufsatz zu schreiben zum Thema: «Haben Sie Mut?» Er hat das dreiseitige Manuskript abgegeben mit den drei Buchstaben Y E S. Den Beweis über seine Aussage hat er während des Zweiten Weltkrieges erbracht.
Mich beeindruckt die Übereinstimmung von Wort und Tat.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?
Erfolgreiche Begleitung meiner Kinder während der Schulzeit.
Gemeinsame Erlebnisse mit der Familie während Wochenenden oder Ferien.
Wiederwahl in den Gemeinderat am 25. April 2010.

NEU:
airflow
Das Bett, das atmet.
Das airflow Prinzip leitet die Feuchtigkeit schnell durch die vertikalen Luftkanäle ab.
happy systems
ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.rafzerfeld.com

SVP BEZIRK WINTERTHUR

Barbara Huber neue Präsidentin der SVP des Bezirkes Winterthur

An der Delegiertenversammlung der SVP des Bezirkes Winterthur wurde Barbara Huber aus Dinhard einstimmig zur neuen Präsidentin der Schweiz. Volkspartei des Bezirkes Winterthur gewählt.

Sie ist Bäuerin und arbeitet zusätzlich als kaufm. Sachbearbeiterin in einem Spital. Sie ersetzt Kantonsrat Walter Müller aus Pfungen, der dieses Amt fast 12 Jahre ausgeführt hat.

Wir wünschen Barbara Huber in der neuen Aufgabe viel Glück und Befriedigung.

LESERBRIEF

Sonderwünsche als Weg zur Integration?!

Der Presse kann entnommen werden, dass der Islamische Zentralrat Schweiz (IZRS) in einem Vorort von Bern ab Mitte April 2010 spezielle Sportprogramme fur muslimische Frauen anbieten wird. Um deren religiösen Anspruchen Rechnung zu tragen, finden diese in gegen aussen abgeschirmten Räumen statt, damit die Sportart ohne Kopftuch ausgeubt werden kann.

Nun, dabei stellt sich der Schweizer Burger zu Recht die Frage, inwiefern diese Aktion mit der Integration vereinbart werden kann. Unter Integration verstehe ich, dass sich der Gast an die Sitten und Gebräuche des Gastlandes anpasst und nicht umgekehrt! Ein weiteres Problem einer solchen Absonderung ist, dass die Musliminnen so unter sich bleiben und entsprechend weder mit der deutschen Sprache noch mit den hiesigen Lebensformen in Kontakt kommen. Da wundert es einen nicht mehr, wenn es Leute gibt, die nach Jahrzehnten in der Schweiz noch kein einziges Wort Deutsch sprechen.

Dieses und ähnliche Vorhaben gilt es deshalb entsprechend abzulehnen. Sonderwunsche haben in unserem Staat keinen Platz, wenn sie nicht zwingend notwendig sind. Grundsätzlich hat sich der Gast dem Gastland anzupassen und nicht umgekehrt!

Simone Akermann, Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Donnerstag, 3. Juni 2010
Restaurant Elefant
Witikonerstrasse 279, 8053 Zürich
www.restaurant-elefant.ch

Öffentliche Veranstaltung

Abzocker-Initiative – Die Fakten

19.00 Uhr Türöffnung
19.30 Uhr Begrüssung durch GR Jacqueline Hofer, Dübendorf, Präsidentin SVP Frauen Kanton Zürich

Nationalrat Dr. oec. publ.
Pirmin Schwander
Präsident AUNS www.auns.ch

im Gespräch mit

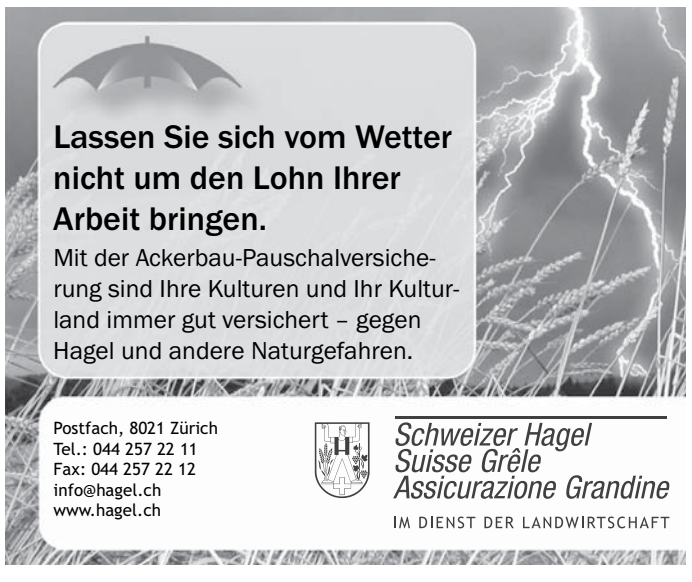
Thomas Minder
Geschäftsleiter Trybol AG Neuhausen,
Initiant eidg. Volksinitiative
«gegen die Abzockerei»
volksinitiative-gegen-die-abzockerei.ch

Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Genügend Parkplätze vorhanden.

Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich www.svpfrauen
SVP der Stadt Zürich www.svp-stadt-zuerich.ch

Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch

Gestaltung: Karin Kuster-Hofer · tgc.ch



Meilen – «Gewerbe stärken» mit Hans Rutschmann

Die Veranstaltungsreihe «Gewerbe stärken» der SVP Meilen fand mit den Referaten des Schirmherrn Hans Rutschmann sowie des Gemeindepräsidenten Hans Isler seinen abschliessenden Höhepunkt.

Yves Gadient begrüsste eingangs die zahlreiche Gästeschar – darunter die SVP-Bezirkspräsidentin Theres Weber – zum abschliessenden Höhepunkt der Veranstaltungsreihe «Gewerbe stärken» der SVP Meilen. Gadient führte zunächst durch eine tour d'horizon des laufenden Behördenwahlkampfs, den die SVP im Februar eröffnete und der mit dem Wahlsonntag vom 25. April 2010 seinen Abschluss finden wird. Dazwischen lagen diverse Stand- und Verteilaktionen, ein Fondue-Plausch, der Wahlapéro vor dem Gemeindehaus sowie das Kandidaten-Podium im «Löwen». Dabei hat sich die SVP hauptsächlich draussen auf der Strasse bei der Bevölkerung präsentiert und durfte mit einer grossen Anzahl Meilemerinnen und Meilemern in Kontakt treten. Nicht nur das. Darüber hinaus konnte die SVP ihre Gewerbenähe mit der Veranstaltungsreihe «Gewerbe stärken» bei namhaften Meilemer Betrieben eindrucksvoll unterstreichen – so bei der Hardmeier AG, der Gebrüder Schneider AG, der Rolf Schlagenhauf AG sowie der Auto Graf AG. Als Schirmherr über die besagte Veranstaltungsreihe amtete Nationalrat und Kantonaler Gewerbeverbandspräsident Hans Rutschmann. Mit einem hoch interessanten Referat zur Situation der Gewerbebetriebe im Kanton Zürich sowie zum erhöhten Eigenmietwert bestritt Rutschmann die Hauptrolle am Höhepunktsanlass. Die daran anschliessende, angeregte Diskussion war Ausdruck eines durchwegs gelungenen Politabends.

Dazu trugen ebenso wesentlich die Grussworte des abtretenden SVP-Gemeindepräsidenten Hans Isler bei. Isler widmete sich in seiner Ansprache zunächst dem Meilemer Gewerbe, bevor er den Wahlkampf der SVP als engagiert und überaus gelungen würdigte.

Schliesslich überbrachte der leitende Yves Gadient im Namen der SVP Meilen seinen ausdrücklichen Dank an die Referenten sowie die Gäste und lud ein zum weiteren Austausch beim Apéro.

Yves Gadient dankt dem Referenten Hans Rutschmann.

SVP

Schweizerische Volkspartei
Bezirk Bülach

Einladung zur Sessionsveranstaltung

Bericht über die Frühjahrssession 2010

Mittwoch, 28. April 2010, 19.00–19.45 Uhr,
Restaurant Au, Höri

Nach der Veranstaltung wird ein Apéro spendiert und Sie haben die Gelegenheit mit unseren beiden Nationalräten Hans Fehr und Hans Rutschmann und unseren Kantonsräten zu diskutieren.

Traktanden

1. **Begrüssung**
2. **Politik aktuell:** Bericht aus der Frühjahrssession des Nationalrates durch die beiden Nationalräte Hans Fehr und Hans Rutschmann
3. **Diskussion mit den Referenten**
   Beiträge der Teilnehmer sind erwünscht

Um 20.15 Uhr beginnt die Delegiertenversammlung SVP Bezirk Bülach, an der auch Gäste ohne Stimmrecht willkommen sind.

Freundliche Grusse

Ueli Betschart
Präsident SVP Bezirk Bulach

http://www.svp-bezirkbuelach.ch/

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In topmoderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Wenn Ihnen Ihre Cholesterinwerte wichtig sind: gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und *Bios Life®*
Cholesterin
Unser pat. Produkt aus rein natürlichen Stoffen! In über 30 Ländern Millionen zufriedener Kunden! S.S. aus D: „Mein LDL sank in 5 Wochen von 7.4 auf 5.1!"
Rufen Sie uns jetzt an!
slimconcept 079 882 84 34

«Bezahlbarer Wohnraum – sozialer Wohnungsbau»

SOZIALER WOHNUNGSBAU IN DEN USA

Tragbares Wohnen – ein teures Schlagwort

Hinter dem Häuserbauboom und dem Platzen der Spekulationsblase steckt ein ebenso verführerischer wie nichtssagender Begriff, der sich in der Politik grosser Beliebtheit erfreut: «Tragbares Wohnen». Es ist schwierig für mich, mir etwas vorstellen zu können, wenn Politiker diese Phrase gebrauchen. Offensichtlich ist es der Politik wichtiger, Emotionen zu wecken, anstatt eine präzise Wortwahl zu pflegen.*

THOMAS SOWELL
HOOVER INSTITUT
UNIVERSITÄT
STANFORD (USA)

Wenn ich auf mein eigenes Leben zurückblicke, so fällt es mir schwer, eine Periode zu finden, in der ich nicht in einer zahlbaren Wohnung lebte. Als ich 1948 von zu Hause auszog, mietete ich eine 3–4 Quadratmeter grosse Bude. Diese kostete $ 5.75 pro Woche. Da mein Nettolohn $ 22.50 betrug, war das «tragbar». […]

Nach drei Jahren in gemieteten Zimmern, lebte ich in Baracken des US-Marine-Korps, was mich gar nichts kostetet. Das war garantiert tragbar.

Zurück im Zivilleben mietete ich 1954 meine erste Wohnung, ein Studio – klein, aber tragbar. Ein Jahr später ging ich aufs College und lebte während sechs Jahren in den Schlafsälen verschiedener Campus. Das war nicht schick, aber tragbar. Nach Abschluss meiner akademischen Studien mietete ich erneut eine Studio-Wohnung.

1969 mietete ich mein erstes Haus, was ich mir nun, nach mehreren Jahren Arbeit an verschiedenen Colleges und Universitäten, leisten konnte. Zwölf Jahre später kaufte ich mein erstes Haus.

Mögen auch spezifische Details von Person zu Person verschieden sein, mein Vorgehen war keineswegs aussergewöhnlich. Die meisten Leute bezahlen nur für eine Sache, die sie sich leisten können.

Worin besteht also das Problem, das Politiker zu lösen vorgeben, wenn sie von «tragbarem Wohnen» reden? Ihr Sprechen und Handeln läuft darauf hinaus, dass sie den Menschen die Möglichkeit geben wollen, als erstes zu wählen, wie sie wohnen möchten. In einem zweiten Schritt werden Gesetze erlassen, wonach andere Menschen, die an einem anderen Ort leben, auf die eine oder andere Weise für sie das Wohnen tragbar machen sollen.

Wenn man das durchdenkt, wird rasch klar: Diese Politik muss ins Desaster führen. Man kann ganz einfach nicht durch die Gegend spazieren und alles kaufen, was einem gefällt, unabhängig von der Frage, ob man das dafür nötige Geld auch besitzt. Und wir können auch nicht jemand anderen für unsere eigenen Bedürfnisse aufkommen lassen. Für die Gesellschaft als Ganzes gibt es zudem gar keinen «anderen».

Doch politische Schlagworte sind grundsätzlich nicht Zeugnis dafür, dass etwas zu Ende gedacht worden ist. Häufig sind Slogans sogar emotionaler Ersatz für das Denken schlechthin.

Teilweise wird versucht, der Phrase vom «tragbaren Wohnen» einen rationalen Anstrich zu verpassen, indem die Wohnkosten mit dem Einkommen der Bewohner verglichen werden. Das ist genau das, was ich tat, als ich mein erstes Zimmer mietete. Der Unterschied besteht darin, dass heutzutage ein willkürlicher Prozentsatz als Richtlinie betrachtet wird, was aus Sicht der Regierung als «tragbares Wohnen» zu betrachten ist. Die Rede ist von 25 bis 30 Prozent des Einkommens.

Doch egal, welchen Prozentsatz man nimmt, das Individuum wird so seiner Verantwortung enthoben, selber zu bestimmen, was in seinem Fall «tragbar» ist. Plötzlich ist es Sache des Steuerzahlers, für die Differenz aufzukommen, wenn sich jemand für ein Wohnen entscheidet, dessen Kosten die magische Grenze überschreiten.

Mit einem Mal wird es nicht mehr als in der Eigenverantwortung liegend betrachtet, dafür zu sorgen, durch bessere Ausbildung den eigenen Lebensstandard zu heben und mehr zu verdienen, um sich über die Jahre hinweg besseres Wohnen leisten zu können. Wozu auch, wenn es die Regierung doch in der Hand hat, Vermögen umzuverteilen, um eine weitere politische Phrase zu gebrauchen?

Schliesslich ist als Gipfel der Ironie festzustellen, dass mit der Zunahme der staatlichen Einflussnahme auf den Wohnungsmarkt das Wohnen in jeder Hinsicht weniger tragbar gemacht hat.

Vor 100 Jahren gaben die Amerikaner einen kleineren Anteil ihres Einkommens für Wohnen aus als heute. 1901 mussten 23 Prozent des durchschnittlichen Einkommens für das Wohnen verwendet werden. 2003 waren es 33 Prozent – eines wesentlich höheren Durchschnittseinkommens.

Die meisten unserer Probleme sind nicht annähernd so schwerwiegend wie die Folgen «politischer Lösungen». Im Wohnungswesen hat die Politik der Regierung die Menschen in eine Situation hineingeködert, die nicht nur für die Individuen sondern für das ganze Land unhaltbar geworden ist.

* Thomas Sowell ist leitendes Mitglied des Hoover Instituts der Universität in Stanford (USA). Er ist einer der bekanntesten konservativen Kolumnisten der Vereinigten Staaten und publiziert unter anderem auf www.townhall.com. In seinem jüngsten Buch «The Housing Boom and Bust» zeigt er auf, wie die Subprime-Kriese, die zu einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise führte, ihre Wurzeln in einem überregulierten staatlichen Wohnbauförderungswesen hat. Übersetzung des Artikels aus dem Amerikanischen durch zac.

BEZAHLBARER WOHNRAUM IN MEILEN

Mittelständischer Wohnungsbau in Meilen – Statusbericht zum zweiten Anlauf

Bereits vor zwanzig Jahren wurden in Meilen erste Versuche unternommen, auf öffentlichem Grund bezahlbare Wohnungen für den Mittelstand zu erstellen. Doch die Gemeindeversammlung lehnte damals ab. Nun schreibt der Gemeinderat in Meilen im Dorfteil Dollikon ein weiteres Projekt für rund 24 Wohnungen aus.

BENI SCHWYTER
MEILEN

Der Gemeinderat versucht mit seiner jüngst erfolgten Ausschreibung erneut mehr Wohnraum für den Mittelstand zu generieren, um dem offenbar weiterhin akuten Anliegen der Meilemer Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die Gemeinde stellt dazu wiederum dasselbe Grundstück in Dollikon im Baurecht zur Verfügung, für welches inzwischen verschiedene Bewerber ihre umfangreichen Raum- und Vermietungskonzepte samt Ertragsaussichten eingeben konnten. Die Prüfung der Bewerbungen läuft derzeit noch an.

Die stellenweise exorbitant gestiegenen Landpreise verleiten Grundbesitzer dazu, meist Eigentumswohnungen zu erstellen, sollen grösstmögliche Renditeziele realisiert werden können. Umgekehrt bedeutet dies ein Ertragsverzicht der öffentlichen Hand zugunsten einiger Auserwählten, die in den Genuss von vergünstigten Wohnungen gelangen. Aufgrund der Lage des derzeit in Frage stehenden Grundstückes an der emmissionsreichen Seestrasse lässt sich jedoch die gemeinnützige Vergabe in diesem Falle wohl rechtfertigen.

Die Schaffung von Wohnraum für den Mittelstand ist in Meilen nicht unumstritten – selbst innerhalb der örtlichen SVP – doch das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum ist allgegenwärtig vorhanden und wird grundsätzlich sowohl vom lokalen Gewerbe als auch überparteilich gestützt. Auch in den meisten Nachbargemeinden wurden bzw. werden ähnliche Projekte realisiert, was den generellen Handlungsbedarf in der Region bestätigt.

Ein Tropfen auf den heissen Stein?

Wahrlich, zwei Dutzend Wohnungen sind bei weitem nicht genug, um dem gesamten Mittelstand in Meilen ein bezahlbares Zuhause zu ermöglichen. Einige Exponenten rufen deshalb gleich nach mehreren Grundstücken, die mit derselben Zielvorgabe gleichzeitig zur Ausschreibung kommen sollen.

In den Augen einer vermeintlichen Mehrheit wird die derzeitige Ausschreibung jedoch als Anfang und als Schritt in die richtige Richtung gewertet. Ob sich dies tatsächlich bewahrheiten wird, zeigt sich spätestens an der dazu im Herbst anberaumten Gemeindeversammlung über den bis dann mit dem obsiegenden Baurechtsbewerber ausgehandelten Vertrag.

GÜNSTIGER WOHNRAUM IN STÄFA

SVP Stäfa stellt ihre neuen Wohnraumideen vor

Nach Ablehnung der SP-Initiative «Günstige Familienwohnungen in Stäfa» am 7. März 2010 nimmt die SVP Stäfa das Thema in die Hand und präsentiert dem Gemeinderat ihre Ideen für günstigen Wohnraum.

ANDREAS DUSS
SEKTIONSPRÄSIDENT
STÄFA

Im Vorfeld wurde die SP-Initiative «Günstige Familienwohnungen in Stäfa» am 7. März 2010 abgelehnt. Die SVP-Stäfa war die einzige Partei, die diese Initiative wegen falschem Standort und unrealistischem Konzept ganz klar ablehnte.

An ihrer ausserordentlichen Mitgliederversammlung vom 26. März 2010 befürwortet die SVP die von ihrem neuen Präsident Andreas Duss vorgestellten Ideen für günstigen Wohnraum in Stäfa und Uerikon mit grossem Applaus.

Grundlage für diese Ideen bilden folgende Punkte:

- Förderung von Stockwerkeigentum im Baurecht.
- Förderung von selbsttragenden Familienwohnungen zum Mieten.
- Nachhaltige Ertragssteigerung für die Gemeinde Stäfa.
- Auf die demographische Entwicklung der Zürichseegemeinden im Zusammenhang mit dem sehr teuren Wohnraum und die Pflicht der Gemeinden für alle Einkommensschichten zahlbaren Wohnraum zu erhalten und oder zu errichten.
- Wirtschaftsförderung für alle Unternehmungen in und um Stäfa.

Der Vorstand hatte im Voraus bei der Liegenschaftenabteilung der Gemeinde Stäfa eine Aufstellung aller unbebauten Grundstücke im Finanzvermögen erhalten. Die insgesamt zehn Parzellen, die eine Grundstückfläche von total 28 457 m^2 ausweisen, werden heute vorwiegend landwirtschaftlich genutzt. Der jährliche Ertrag aus diesen 28 457 m^2 Land in verschiedenen Bauzonen beträgt heute nur rund 3000 Franken. Für alle Parzellen hat die SVP Stäfa pro Parzelle ein Berechnungsmodell erstellt, bei der das jeweilige maximale Wohnbauvolumen, Baukosten sowie ein marktüblicher m^2-Preis für den Baurechtszins ermittelt wurde.

Für die Parzelle «Unteri Matt» mit einer Fläche von 4642 m^2 erstellten wir ein Berechnungsmodell für Familienwohnungen. Hier lassen sich aus dem maximal zulässigen Wohnraumvolumen von 9701 m^3, zwei MFH mit je vier $5^1/_2$-Z-Wohnungen, fünf $4^1/_2$-Z-Wohnungen und sechs $3^1/_2$-Z-Wohnungen realisieren. Die im Berechnungsmodell ermittelten monatlichen Mietkosten betragen für eine $5^1/_2$-Z-Wohnung inkl. Nebenkosten und einem Abstellplatz in der Tiefgarage 2000 Franken, eine $4^1/_2$-Z-Wohnung 1700 Franken und eine $3^1/_2$-Z-Wohnung 1500 Franken. Die gerechneten Investitionskosten für diese zwei MFH mit total 30 Wohnungen, betragen 9,18 Mio. Franken.

In den restlichen Berechnungsmodellen sind 150 Eigentumswohnungen mit einer Bruttowohnfläche zwischen 91 m^2 und 170 m^2 und Erstellungspreisen zwischen 390 000 bis 860 000 Franken realisierbar. In diesen Preisen ist ein hoher Ausbaustandard sowie ein bis zwei Garageplätze in der jeweiligen Unterniveaugarage enthalten.

Die ersten Bewertungen der jeweiligen Grundstücke für die Berechnung des Baurechtszinses, ergab je nach Lage zwischen 600 bis 1400 Franken pro m^2. Bei einer Realisierung aller Projekte beträgt der jährliche Ertrag für die Gemeinde zwischen 925 000 und 1 500 000 Franken, abhängig vom aktuellen Hypothekarzinssatz der ZKB. Die Grundstücke bleiben weiterhin im Besitz der Gemeinde Stäfa.

Mit diesen Ideen wird ein Wirtschaftsvolumen von rund 80 Mio. Franken generiert, dass den örtlichen und regionalen Handwerks- und Gewerbebetrieben rund 80 Mitarbeiter für fünf Jahre den Arbeitsplatz sichert. Die Realisierung richtet sich nach der Nachfrage und würde voraussichtlich fünf bis zehn Jahre dauern. Die Erfüllung des Minergiestandard soll ein Grundsatz sein und bildet die Basis für die Nachhaltigkeit der Bauvorhaben.

Bei der Vergabe der Arbeiten entsprechend den nachstehenden Kriterien sollen möglichst viele Unternehmungen aus der Umgebung beauftragt werden:

1. Vollständigkeit der Offerte / Preis 40%
2. Standort der Firma 20%
3. Referenzen / Zufriedenheit bereits erbrachter Leistungen 20%
4. Anzahl Lehrlinge / Praktikanten 20%

Von allen beteiligten Firmen wird auf den jeweiligen Baustellen eine saubere Arbeit sowie einen respektvollen Umgang mit allen am Bau Involvierten verlangt und laufend von den Projektverantwortlichen überwacht.

Diese Berechnungsmodelle wird die SVP Stäfa nach den Wahlen vom 25. April 2010 dem neu gewählten Gemeinderat präsentieren und den Gemeinderat beim weiteren Vorgehen, wenn gewünscht, fachlich unterstützen.

Fadegrad

Vernunft im Flugverkehr

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Am 16.04.10 wurde der Flugverkehr in Zürich-Kloten um Mitternacht eingestellt. Am Dienstag, 20.04.10 um 8.03 Uhr startete die erste Maschine, mit Ziel Sharm-el-Sheik auf der Piste 34 und um 8.56 Uhr landete der erste Flug, von Berlin eintreffend auf der Piste 14. Seither versuchen die Flugaufsicht, die Fluggesellschaften und der Flughafen, den Verkehr wieder aufzunehmen. Doch auch am Dienstag mussten noch 471 Flüge annulliert werden. Der Weg zurück in die Normalität wird noch einige Tage in Anspruch nehmen, wenn wir mal davon ausgehen, dass der Vulkan Eyjafjallajökull tatsächlich damit aufhört, Asche in die Luft zu schleudern. Der wirtschaftliche Schaden dürfte enorm sein und – so jedenfalls hörte man Experten sagen – sogar höher als nach dem Terrorangriff auf die Twin Towers in New York am 9.11.2001. Die Lufträume über Europa waren gesperrt, ein bisher undenkbares Ereignis. Die Auswirkungen blieben selbstverständlich nicht auf Europa beschränkt, da der weltweite Flugverkehr von und nach Europa unterbunden wurde. Spannend waren die Reaktionen der Weltverbesserer aller Couleur. Man könne sich so wieder auf die wahren Werte im Leben konzentrieren, man sehe, welche Risiken die Technikgläubigkeit beinhalte, es wäre doch viel schlauer, sich zu bescheiden, die Natur hätte sich wieder mal durchgesetzt und die Vögelein singen. Dass es nicht nur die «bösen» Flieger trifft, sondern auch Zulieferbetriebe, Geschäfte am Flughafen oder Leute, die beruflich reisen müssen, daran denken die Besserwisser und Naturapostel weniger. Die Auswirkungen auf unsere, von der Finanzkrise gebeutelte Volkswirtschaft, an die denken diese Leute gewiss nicht. Wir werden sehen, inwieweit die Steuereinnahmen darunter leiden werden. Dass ein Restaurant am Flughafen am Dienstag einen Verlust von über 80 000 Fr. annahm und die Bäckerei mit mehr als 60 000 Fr. Umsatzeinbusse rechnete, lässt jedenfalls aufhorchen. Vor diesem Hintergrund sind die Aussagen von Thomas Morf, dem Chef-Südschneiser zu verstehen. Das BAZL hat dem Flughafen Kloten erlaubt, auch in der Nacht Flüge abzufertigen. Für den echten Schneiser ist dies ein Skandal! Die Reaktion ist entsprechend unversöhnlich. Dass es jetzt möglicherweise darum gehen könnte, dafür zu sorgen, dass der Geldscheisser wieder angeworfen wird und die Leute ihrer Arbeit geregelt nachgehen können, dass Solidarität vor dem Hintergrund wirtschaftlichen Überlebens Sinn machen könnte, das kommt Leuten wie Morf nicht in den Sinn. In bornierter Manier, beschränkt auf die eigene, kleine Welt im Flughafen-Süden wird fleissig auf gesamtgesellschaftlichen Interessen herumgetrampelt. Nach 10 Jahren Fluglärmstreit – und ich bin weiss Gott weder für Süd- An- noch Abflüge – möchte man den Schneisern wünschen, ein ruhiges Plätzchen im Centovalli zur Auswanderung zu nutzen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Reden und feiern

Der Gemeinderat tat in der letzten Sitzung der Legislatur, was er am liebsten tut: Reden und feiern – in erster Linie sich selbst.

MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
KREISPARTEI 10

Zu Beginn gab es einen kleinen Schlagabtausch wegen dem 1. Mai. **Mauro Tuena** verlas eine Fraktionserklärung der SVP (siehe unten), in der das Vorgehen des Komitees bemängelt wird. Die Linken kümmern sich keinen Deut um die Vorgabe der Stadt, dass das Fest erst am Abend beginnen darf. In einer flapsigen Replik sagte die SP-Vizepräsidentin, es gehe nicht an, dass die Festbetreiber auf die Einnahmen vom Wurstverkauf verzichten können.

Die SP zeigte einmal mehr, dass Gesetze immer nur für die andern gelten. Wenn Linke von einer Verordnung betroffen sind, haben sie das Gefühl, sie können sich darüber hinwegsetzen. Die anwesende Stadtpräsidentin äusserte sich nicht dazu. An ihr wäre es gelegen zu sagen, dass vor dem Gesetz alle gleich sind und dass die Behörden die Anordnung durchsetzen werden.

Buslinie 39

Als allerletztes Traktandum der Legislatur tauchte ein Klassiker auf: Die Buslinie 39 im Kreis 6. Es geht um Linienführung und besseren Fahrplan. Die SP verlangt höhere Fahrintervalle und eine Verlegung der Endstation. Die Lokalpolitiker legten sich natürlich ins Zeug, wie immer, wenn sie Geld anderer Leute an ihre Wählerklientel verteilen können.

Bruno Amacker gab Gegensteuer. Immer wenn die Linken eine Lösung vorschlagen, kostet es viel Geld. Die SVP ist auch für eine verbesserte Buslinie 39, aber auf effiziente Art: Der Bus kommt im Kreis 6 nicht vom Fleck, weil die ganze Strasse mit Hindernissen zugepflastert ist. Schwellen und Trottoirnasen verstopfen die Strasse und der Bus muss die Hindernisse umkurven, was Zeit kostet und die Fahrgäste durchschüttelt. Manchmal steckt der Bus auch im Verkehr fest, der wegen den Schikanen blockiert ist.

Die SVP verlangte daher, dass man die Strasse bei der nächsten Gelegenheit von den Hindernissen befreit und wieder zu einer normal befahrbaren Strasse umgestaltet. Dann käme der Bus 39 auch gut und rasch durchs Quartier.

Die vereinigte Linke wollte davon nichts wissen und überwies die Motion mit 78 ja gegen 43 Nein der SVP und der FDP.

Büchse der Pandora geöffnet

Die SP legte Stadtrat Türler aber ein Ei: Wenn die Stadt eine Buslinie verbessern will, so kann sie das; dies wird der ZVV locker bewilligen. Nur: Die Stadt muss es selber bezahlen. Ob von der VBZ oder direkt aus der Stadtkasse ist dem kantonalen ZVV einerlei.

Im Klartext: Die Stadt Zürich kann so viele Buslinien unterhalten wie sie will, solange sie den Luxus selber bezahlt. Dies ist bisher unterblieben, man hat strikte darauf geachtet, dass die üblichen Wege der Fahrplangestaltung und der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs eingehalten werden. Die links regierten Städte haben im Kanton glücklicherweise wenig zu melden. Nun tritt der Präzedenzfall ein, dass die Stadt Zürich eine Fahrplanausweitung auf eigene Rechnung macht. Die Kosten dafür fallen jährlich an und es bleibt offen, ob der Kanton künftig die Kosten von weiteren überflüssigen Bus- und Tramlinien abwälzen will.

Traktandenberg ohne Ende

Berge von Vorstössen warten auf ihre Bearbeitung. Die Parlaments-Demokratie kommt in Zürich an eine Grenze: Es dauert Jahre, bis ein Vorstoss nur schon behandelt wird. Dann hat der Stadtrat jeweils gemäss den Vorschriften Zeit, diesen zu behandeln. Der Berg an Vorstössen, die der Rat abarbeiten sollte, ist auf 500 gestiegen. Wenn es nicht gelingt, die Vorstösse rascher abzuarbeiten, dann steht das Milizparlament in Zürich bald auf dem Prüfstand.

Alternative machen den Anfang

Die Alternative Linke hat in einer Erklärung im Rat angekündigt, dass sie ihre Vorstösse bis auf einige wenige allesamt zurückzieht. Wenn es im selben Tempo weitergeht, können die neu gewählten Parlamentarier nicht einmal davon ausgehen, dass in den vier Jahren der Legislatur ihr Vorstoss tatsächlich behandelt wird.

*Dies hat allerdings weniger mit Einsicht zu tun als mit der Tatsache, dass ab dem 19. Mai immer dann Doppelsitzungen geführt werden, wenn Vorstösse anstehen, die älter als zwei Jahre sind. Somit kann man davon ausgehen, dass im Sommer jedesmal bis kurz vor Mitternacht geredet wird. SVP-Fraktionschef **Mauro Tuena** sagte in einem Interview, dies führe zu einer Disziplinierung, da die Doppelsitzungen wohl manchem bald verleiden werden.*

Auch die SVP wird ihre Vorstösse prüfen und solche, die sich faktisch erledigt haben, wohl zurückziehen. Die Fraktion wird dieses Thema vertieft behandeln.

Bessere Aussichten

Die nächste Ratsführung unter **Mariana Garzotto** (SVP) wird sicher für einen speditiven Betrieb sorgen. Sie wird in der ersten Sitzung am 19. Mai als Ratspräsidentin gewählt.

Ratspräsident Robert Schönbächler (CVP) hat die Hälfte der letzten Sitzung für die Verabschiedung der abgewählten und zurückgetretenen Ratsmitglieder verwendet. Dies ist angesichts der vielen offenen Geschäfte stossend. Jedes abtretende Ratsmitglied durfte sich ein kleines Geschenk aussuchen, natürlich vom Steuerzahler bezahlt. Anschliessend feierte sich der Rat selbst, an einem vom Steuerzahler bezahlten Apéro.

Die Kumpanei im Rat, das sich duzen über alle Parteigrenzen und das bisweilen ins Peinliche abgleitende Lob des Gegners macht skeptisch. Wenn sich Politiker gegenseitig auf die Schulter klopfen, dann wird es teuer.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Öffentlicher Aufruf der Mehrheitsparteien in Zürich zur Missachtung einer polizeilichen Bewilligung

GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRANKTIONSCHEF SVP
ZÜRICH 4/5

In einer gemeinsamen Medienmitteilung vom 19. April 2010 des 1.-Mai-Komitees sowie der politischen Parteien SP, Grüne und AL wird öffentlich zur Missachtung der polizeilichen Bewilligung bezüglich Festbeginn des diesjährigen 1.-Mai-Festes aufgerufen. Diesen Aufruf der Mehrheitsparteien in Stadt- und Gemeinderat verurteilt die SVP auf das Schärfste!

Aus gutem Grund haben die Stadtpolizei und anschliessend der rot-grüne Stadtrat den Festbeginn des 1.-Mai-Festes auf 20 Uhr festgesetzt. Alles andere hätte fatale Auswirkungen, dies zeigten die Konstellationen von Schlusskundgebung und Fest in der Vergangenheit deutlich. Immer wieder kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen und Krawallen. Zudem hatte dieses Parlament Vorstösse in Form von Postulaten zur zeitlichen und örtlichen Trennung von Schlusskundgebung und Fest in Zusammenhang mit den 1.-Mai-Aktivitäten grossmehrheitlich an den Stadtrat überwiesen.

Doch dies interessiert die Parteien SP, Grünen und AL nicht im Geringsten. Das Gegenteil ist der Fall: Sie wiegeln die Bevölkerung zusätzlich auf, indem sie unsägliche Medienmitteilungen verschicken. Mit Aktionen wie dieser tragen diese sogenannt staatstragenden Parteien unmissverständlich die Mitverantwortung für allfällige Ausschreitungen und Sachbeschädigungen am diesjährigen 1. Mai. Selbstverständlich wird die SVP alles daran setzen, dass das Durchführen von 1.-Mai-Aktivitäten in Zukunft nicht mehr zulässig ist. Der Bogen des Zumutbaren wurde dieses Jahr eindeutig überspannt. Sämtlicher allenfalls noch vorhandener Goodwill ist weg.

Die SVP fordert den stellvertretenden Polizeivorsteher auf, alle nur erdenklichen Mittel einzusetzen, um die Einhaltung der polizeilichen Bewilligung durchzusetzen. Zudem müssen bei Nichteinhaltung der polizeilichen Bewilligung die Inhaber mit massiven Bussen belegt werden. Ausserdem ist zu prüfen, ob der Aufruf der SP, der Günen und der AL zum Nichteinhalten der Bewilligung ebenfalls mit Bussen gegen die Verantwortlichen geahndet werden soll.

Junge SVP

Einladung zur 1.-Mai-Veranstaltung der Jungen SVP Zürich Unterland

Samstag, 1. Mai 2010
Restaurant Frohsinn, Geerenstrasse 20 in 8302 Kloten
Beginn: 12.00 Uhr

Wir, die JSVP Zürich Unterland, möchten dem Chaos und der Zerstörung der alljährlichen 1.-Mai-Demo entgegenhalten.

Deshalb treffen wir uns wieder im Schnitzelhaus Frohsinn in Kloten und zelebrieren einen Tag des gemütlichen Zusammenseins!

Wer ein Freund des geselligen schweizerischen Feierns ist, darf diesen Anlass auf keinen Fall verpassen.

Alle unsere Freunde sind herzlich willkommen!

Freundliche Grüsse

Rafael Wohlgemuth
Präsident

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Die SVP bewegt

4. SVP-Grümpelturnier

Samstag, 17. Juli 2010
ab 10 Uhr
Reitplatz, Winterthur-Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien:
-Plausch Sie & Er (6 Spieler, davon mind. 2 Damen)
-Männer (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler)

Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich, und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport.

Teilnahmegebühr: CHF 50.- pro Team

Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail merian@svp.ch
Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Tel. 031 300 58 58)
Anmeldeschluss: 5. Juli 2010

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Verkaufe neue Ferienwohnungen: In Losone TI, Teilminergiestandard: 2-Zi.-Wg ab Fr. 285 000.–, 3-Zi.-Wg ab Fr. 450 000.–, 3-Zi.-Attika ab Fr. 750 000.–, Tel. 079 402 89 49.

Kulturegge mit Doppelkrümmler, 2,5 m, Fr. 600.–; **Huckepack** zu Kreiselegge Falk, Fr. 500.–, **Bewässerungspumpe** auf 2 Räder für Zapfwellenantrieb Caprari, Fr. 500.–, Tel. 052 318 13 92.

150 Stück **Emd Kleinballen**, Tel. 052 363 17 20.

Scheibenmäher Kuhn FC 243 Lift Control, Fr. 5800.–; **Kreiselschwader** Kuhn GA 4121 GM, 3,2 m Arbeitsbreite, Fr. 3400.–, Tel. 079 675 69 89.

Zu verkaufen oder zu vermieten **LKW-Kastenanhänger,** 7 x 2,5 m mit Hebebühne, 1500 kg, ideal als Lagerraum oder zum Zügeln. Hans Brunner, PW + Nutzfahrzeuge, Hakabstr. 45, 8309 Nürensdorf-Hakab, Tel. 079 240 00 63, brunner.hakab@hispeed.ch.

Speisekartoffeln Urgenta, Tel. 079 279 40 80.

Haushalt-Kühlschrank (Old-Timer), Mod. GM Frigidaire, Jg. 1951, 130 x 61 x 58 cm, Telefon 044 867 30 44.

Ladewagen Pöttinger; **Silowasserpresse; Enthornungsgerät; Milchwärmer; Viehschere; Milchkannen** 40 l; **Geburtshelfer; Weidepumpe; Schlagbügel; Beizgeschirr.** Auskunft: Tel. 079 671 05 09.

Kleine **Waschmaschine** Novomatic, fast neu für Badezimmer usw., Füllmenge bis 3 kg, Neupreis Fr. 1400.–, Preis Fr. 700.–. R. Brunner, Bahnhofstr. 7, 8303 Bassersdorf, Tel. 044 836 69 77.

2 x 6 **Europa-Legenester,** gereinigt, Fr. 200.–; **Stapler-Arbeitskorb,** Fr. 200.–; **Schwader Stoll,** Arbeitsbreite 330 cm, Schwenkbock, einsatzbereit, Fr. 1000.–; **Sichelmulcher** mit Stockräumer, Tel. 044 869 20 40.

20 **Chinaschilf-Rundballen** à Fr. 30.–. Felmis, 8494 Bauma, Tel. 079 430 59 82.

Speisekartoffeln Bintje und Charlotte, preisgünstig, Tel. 044 833 14 85.

Elektro-Motor «BBC», 3,9 kW, 380 V, 50 Hz, fahrbar mit aufbaubarem Holzspalter; **Hochdruckreiniger «Elektra-Beckum»** HD 190, 400 V, 50 Hz, max. Druck 190 bar, je Fr. 100.–. W. Huber, Dettenried 42, 8484 Weisslingen, Telefon 052 384 13 52.

Jeep Grand Cherokee, Fb. Grün met. 5,2 l, 180 000 km, 1. VS 1994, Ledersitze, sehr gut erhalten, unfallfrei, Fr. 5500.–, Frau Teodoru, Tel. 079 937 08 88.

Peugeot Look 206, 1,4 l, 5 T., 75 000 km, 1. VS 05, Fb. Silber met., sehr guter Zustand, unfallfrei, Fr. 11 000.–. Frau Teodoru, Telefon 079 937 08 88.

Steyr 8075, Allrad, Jg. 92; **Steyr 9094,** Allrad, Jg. 99; Abladehäcksler **Mengele und Epple Blasius 935; Einachsanhänger** 5,2 x 2,2 m. Staub Hansruedi, Dorfstr. 12, 8523 Hagenbuch, Telefon 052 364 27 64.

Milchtank Alfa Laval, stationär, 1000 l mit Waschautomat und Kühler sowie **Rohrmelkanlage Alfa Laval,** Durchmesser 40 mm ohne Vakuumpumpe. Koni Wirth, Seehalde, 8477 Oberstammheim, Tel. 052 745 22 58.

Suzuki GSX 750 F, zirka 40 000 km, Jg. 94, Preis auf Anfrage, garantiert unfallfrei, Telefon 079 680 94 47.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.

044 822 26 11.

Münzen (auch ganze Sammlungen oder Erbschaften), Silber- und Goldbarren, Altgold und Altsilber zu guten Preisen. Ch. Gäumann, Tel. 079 432 48 91.

Eigentumswohnung ab 3,5-Zimmer bis max. Fr. 500 000.– mit Terrasse, Grossraum Zürich. Elsa Nydegger, Rütihofstr. 25, 8049 Zürich, Telefon 044 342 20 60.

Silbergeld, Münzen, Medaillen, ganze Sammlungen zu kaufen gesucht, Barzahlung, Tel. 079 757 64 18.

ZU VERSCHENKEN

Sämaschine Haruwy, 2,2 m, einsatzbereit, Tel. 052 364 15 46.

Siloring Lanker mit Lucke, grau, Höhe 2,5 m, Durchmesser 3 m, Tel. 044 840 45 35.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

GESUCHT

Gesucht auf Mitte August 2010 **Landw.-Lehrling** auf vielseitigen, gut eingerichteten Familienbetrieb. Familie Bachofner, Tel. 052 318 17 84. www.hof-eigental.ch

Kaufe

Musikinstrumente, Handorgeln, Gitarren usw. **Goldschmuck,**
auch defekt, bezahle bar.

Telefon 079 667 79 82.

Online-Shop Bekleidung

Auf www.modern-cowboy.ch finden Sie Kleider und Schuhe für Damen und Herren.

Einfach und versandkostenfrei

Gesucht **landw. Lehrstelle** für Zweitausbildung (gel. Polymech.) auf grossem Familienbetrieb mit Maschinen und Tieren, Tel. 079 832 26 94.

Suche dringend **Tierhalter** für 3-Minuten-Umfrage zwecks Diplomarbeit. Bitte Anruf oder SMS an Tel. 076 380 79 97.

Sömmerungsplatz für zirka 6 Rinder. Mai bis Ende August, Zürcher Oberland oder angrenzend. Tel. 052 315 22 72.

MITHILFE

Gesucht Mithilfe im Pferdestall, täglich, stundenweise, Erfahrung mit Pferden erwünscht, Oetwil a.S., Tel. 079 635 44 69.

STELLEN

Gesucht **Forstwart/Landwirt.** Aufgabenbereiche: Forst, Gartenholzerei, Transporte und Mithilfe im landw. Betrieb. Weitere Auskünfte Telefon 079 352 41 73.

IMMOBILIEN

Verkaufe neue Ferienwohnungen in Losone TI, Teilminergiestandard: 2-Zi.-Wg., ab Fr. 285 000.–; 3-Zi.-Wg., ab Fr. 450 000.–; 3-Zi.-Attika-Wg., ab Fr. 750 000.–. Tel. 079 402 89 49

GESUCHT IMMOBILIEN

Scheune oder Lagerhalle im Raum Frauenfeld bis Winterthur zum Einstellen von Anhängern, Höhe 4 m, Tel. 076 396 03 34.

Suche **Wohngelegenheit** (Zimmer, Studio, günstige Wohnung), gerne auf Bauernhof, Region Hinwil, Zürcher Oberland, Tel. 078 850 12 16.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte
-

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

ZU VERMIETEN

Toskana-Ferien, www.casaricca.ch. Frühling, Sommer, Herbst, Vermietung, Tel. 076 284 47 28.

GESUCHT IMMOBILEN

Kleines Bauunternehmen sucht per sofort im Raum Winterthur **Scheune oder Grundstück** mit Parkplätzen. Tel. 079 588 17 23.

DIENSTLEISTUNGEN

Immobilien- und Baudienstleistungen durch erfahrene, kompetente, praxisorientierte, eidg. dipl. Immobilien- und Baufachleute. Müllo Fassaden-Service AG, Im Tiergrten 47, 8047 Zürich, Tel. 044 451 38 10.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim?
Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

FREIZEIT/KONTAKTE

Fussreflexzonenmassage und Massage «Krankenkassen-anerkannt»: www.shui-spa.ch oder Shui Spa, Tel. 044 211 00 99, Augustinergasse 17, 8001 Zürich.

Flirten und Treffen. Jetzt neu und kostenlos! Ganz einfach: Sende deinem Wunschdate ein E-Mail oder gib seilber dein Profil auf und freue dich auf viele neue Kontakte.

Jetzt kostenlos registrieren auf: www.chdate.ch

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

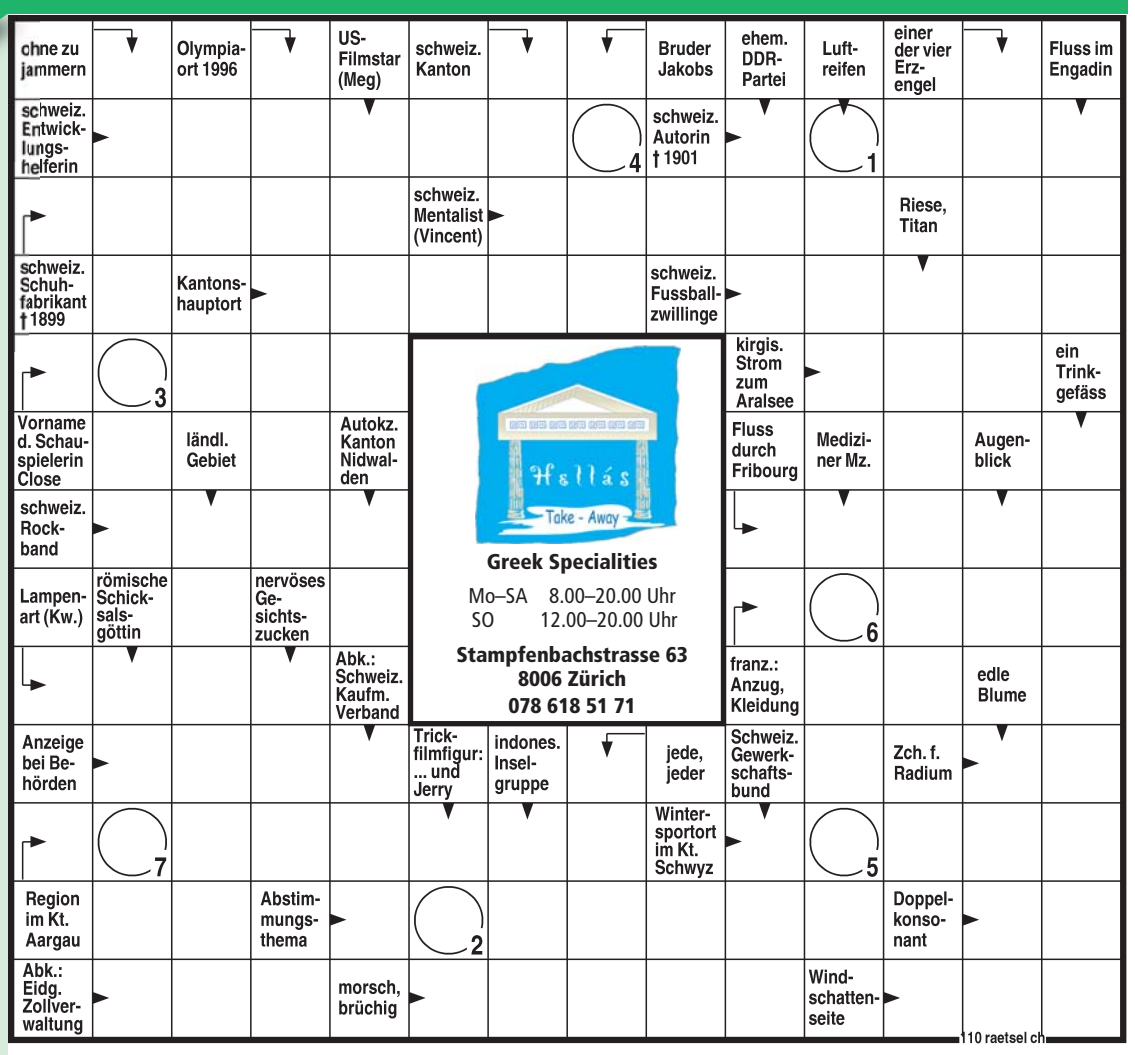
Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 28. April 2010:**

Zürcher Bote/Bauer Wochenrätsel Seestrasse 95 8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 13/2010
Lösungswort: Wohnung
Gewinner: E. Flecker, Thalwil

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7

Lösungswort Woche 16/2010

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

18. Zürcher Ratsherren-Treffen
Dienstag, 11. Mai 2010, im Bezirk Affoltern.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 26. April 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenhaus, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 31. Mai 2010, 20.00 Uhr, im Aufenthaltsraum Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Bülach
Mittwoch, 28. April 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Au, Höri, Sessionsveranstaltung «Aktuelles aus der Frühjahrssession» mit den Nationalräten Hans Fehr und Hans Rutschmann. Anschliessend Gratisapéro. **Ab 20.15 Uhr Delegiertenversammlung.**

Mittwoch, 28. April 2010, 19.00–19.45 Uhr, Restaurant Au, Höri, Sessionsveranstaltung mit den Nationalräten Hans Fehr und Hans Rutschmann.

Bezirk Horgen / Langnau am Albis
Samstag, 8. Mai 2010, 14.00 Uhr, bis Sonntag, 9. Mai 2010, 18.00 Uhr,im Gutsbetrieb Rengg, Renggerchilbi. Musik, Stimmung, Essen und Trinken, Steinewerfen, Reiten, Kutschenfahrten. Samstag ab 18.00 Uhr Tanz mit dem Duo Waldruhspatzen, Sonntag ab 9.00 Uhr Muttertagsbrunch. Musikalische Unterhaltung durch das Akkordeon-Orchester Adliswil. Organisation: SVP Langnau am Albis und Jodlerclub Langnau am Albis.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Freitag, 23. April 2010, 20.00 Uhr, Gasthaus zur Tanne, Bauma, Generalversammlung.

Sonntag, 25. April 2010, ab 16.00 Uhr, Restaurant Schwendi, Bauma, Wahlapéro.

Bezirk Winterthur / Oberwinterthur
Samstag, 1. Mai 2010, ab 11.00 Uhr, Waldschulzimmer Lindberg, Winterthur, 1.-Mai-Feier mit Regierungsrat Ernst Stocker, Wädenswil. Programm:
11.00 Uhr Apéro.
11.30 Uhr Begrüssung durch Stefan Schär, Präsident SVP Oberwinterthur. Anschliessend Ansprache von Regierungsrat Ernst Stocker.
12.30 Uhr Mittagessen.
Nach dem Mittagessen kann auf Wunsch der Naturweiher Tobelstrasse besichtigt werden. Kosten Verpflegung: Erwachsene 25 Franken und Kinder (schulpflichtig) 5 Franken. Die Getränke müssen separat bezahlt werden.
Anmeldung bis spätestens, Dienstag, 27. April 2010, an Ernst Bachmann, Telefon 052 242 22 32, Fax 052 242 22 13, Natel 079 217 79 58 oder E-Mail: ernst.bachmann-@bluewin.ch (bitte Name, Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder angeben).

Junge SVP Unterland
Samstag, 1. Mai 2010, ab 12.00 Uhr, Restaurant Frohsinn, Geerenstrasse 20, Kloten, 1.-Mai-Veranstaltung. Die JSVP Sektion Unterland überlässt den Tag nicht den Randalierern und hat eine sinnvolle Gegenveranstaltung – einen gesellschaftlichen Anlass – für alle JSVP-Mitglieder und Sympathisanten organisiert.

Stadt Zürich / Kreis 7
Sonntag, 1. August 2010, 10.00–13.00 Uhr, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, 1. August-Fest mit Gastrednerin Nationalrätin Natalie Rickli. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Dienstag, 28. September 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Banken / Schweiz» mit Gastredner Roger Liebi, Präsident der SVP der Stadt Züich und Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Dienstag, 18. Mai 2010, ab 18.30 Uhr, Restaurant Roter Stein, Herrligstrasse 39, Zürich, Höck.

Freitag, 9. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Grillplausch.

Dienstag, 7. September 2010, Ausflug / Besichtigung – Details folgen.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 7. Mai 2010, 19.30 Uhr, Bowling-Center Sperletwies, Glattalstrasse 40, Zürich, Bowling-Abend für Junge und Junggebliebene. Anmeldungen pia.castegnaro@bluewin.ch.

Freitag, 21. Mai 2010, 19.30 Uhr, im Foyer des Hotel Restaurant Kronenhof, Wehntalerstrasse 551, Zürich-Affoltern, Generalversammlung.

Freitag, 18. Juni 2010, ab 18.30 Uhr, Felsenrainstrasse 149, Zürich, Grillabend bei Blumen-Sue.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 1. Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 20. Mai 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr – Ort wird noch bekanntgegeben), öffentliche Veranstaltung mit Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS und Ursula Fehr, Gemeindepräsidentin Eglisau / nebenamtliche Bezirksrichterin. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen. Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch http://www.svpfrauen.ch.

Donnerstag, 3. Juni 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Abzocker-Initiative – Die Fakten». Referenten: Nationalrat Pirmin Schwander, Präsident AUNS, im Gespräch mit Thomas Minder, Geschäftsleiter Trybol AG, Neuhausen, Initiant eidg. Volksinitiative «gegen die Abzockerei». Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich www.svpfrauen.ch zusammen mit SVP der Stadt Zürich http://www.svp-stadtzuerich.ch. Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch.

Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 1. Mai 2010, 11.00 Uhr, Lintharena SGU, Näfel sGL, Referat «Eine Schengenbilanz» von Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz (Beginn 10.30 Uhr), zum Them «Ausländerkrimionalität und ihre Ursachen».

Freitag, 7. Mai 2010, 10.00 Uhr, Golfpark Holzhäusern (Rotkreuz), 2. SVP-Golfturnier. Spielform: Two ball best ball. Beitrag: CHF 160.– pro Person. Im Preis sind folgende Leistungen inbegriffen: Green Fee, Match Fee, Zwischenverpflegung und Apéro. Nachtessen fakultativ: CHF 45.– pro Person (ohne Getränke). Es sind attraktive Preise zu gewinnen. Information und Anmeldung: golf and events, Telefon 043 388 55 44, Fax: 043 388 56 28 oder E-Mail: bfux@golfandevents.ch. Organisation: Nationalrat Jürg Stahl und Brigitte C. Fux, Vorstandsmitglied SVP-Sektion Oberrieden.

4. SVP-Grümpelturnier
Samstag, 17. Juli 2010, ab 10.00 Uhr, Reitplatz, Winterthur-Töss, grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik, und vielem mehr! Kategorien: **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen), **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler). Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a. mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport. Teilnahmegebühr: CHF 50.– pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail: merian@svp.ch. Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Telefon 031 300 58 58). Anmeldeschluss: Montag, 5. Juli 2010.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 6. Juni 2010, **1. Ausfahrt:** Stein am Rhein. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 4. Juli 2010, **2. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. August 2010, **3. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Höcks
Dienstag, 18. Mai 2010, 19.30 Uhr, **1. Höck,** Schürlibeiz Aspenhof, Thalheim.

Freitag, 4. Juni 2010, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Gartenparty bei Straubinger's, Niederglatt.

Dienstag, 13. Juli 2010, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Besenbeiz Lindenhof, Buchberg bei Eglisau.

Donnerstag, 5. August 2010, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Blüemlisalp, Herrliberg.

Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck**, Besenbeiz Sternen, Mettmenstetten.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

Sommerreise
Samstag, 24. Juli 2010 bis Montag, 26. Juli 2010, Sommerreise ins Elsass.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Das Fenster aus dem Oberland…

Fenster schraner
Laupen-Wald | www.schraner-fenster.ch